

## Haben Sie Angst um Ihr Amt?

Hamburgs Erzbischof Stefan Heße wehrt sich gegen den Vorwurf der Vertuschung: Als wichtiger Mitarbeiter des Kölner Kardinals Joachim Meisner soll er sich bei Missbrauchsfällen falsch verhalten haben. Das wirft ihm ein Gutachten im Auftrag der Kirche  
VON INTERVIEW VON RAOUL LÖBBERT  
UND GEORG LÖWISCH



Aus dem Gutachten der Münchner Kanzlei über Heße: »durchgängig festzustellende Mängel in der Sachbehandlung von Missbrauchsfällen basierend auf einer indifferenten, von fehlendem Problembewusstsein geprägten Haltung des Dr. Heße«.

**Christ&Welt:** Herr Bischof Heße, das Erzbistum Köln hatte für den 12. März dieses Jahres zu einer Pressekonferenz eingeladen. Dort sollte die Studie zu sexuellem Kindesmissbrauch vorgestellt werden, mit der der Erzbischof von Köln, Rainer Maria Woelki, eine Münchner Rechtsanwaltskanzlei beauftragt hatte. Es sollten auch Namen von Verantwortlichen genannt werden. Es geht um die Frage, wie Sie mit den Verbrechen umgegangen sind. Zwei Tage vorher wurde die Pressekonferenz plötzlich abgesagt. Was ist geschehen?  
**Stefan Heße:** Da müssen Sie in Köln nachfragen. Ich weiß nicht viel mehr, als was in den Medien zu lesen ist. Der Prozess hat sich aus meiner Sicht nicht besonders transparent gestaltet. Ich habe jedenfalls von Anfang an dem Kölner Erzbischof meine Mitarbeit signalisiert, als er das Projekt angestoßen hat.  
**C&W:** Sie waren von 2006 an Personalchef im Kölner Generalvikariat, stiegen 2012 zum Generalvikar auf und übten dieses Amt aus, bis Sie 2015 zum Erzbischof von Hamburg ernannt wurden.  
**Heße:** Ja. Deshalb habe ich mich von den Anwälten im November 2019 auch für die Studie befragen lassen und eine schriftliche Stellungnahme abgegeben. Im März war ich gerade als Flüchtlingsbeauftragter der Deutschen Bischofskonferenz in Marokko und hatte mich gefragt: Wie wird das Ganze, wenn du in Marokko sitzt und in Deutschland die Pressekonferenz mit der Studie zu deiner Arbeit in Köln stattfindet? Das ist ein merkwürdiges Gefühl. Dann habe ich sehr plötzlich aus den Medien von der Absage erfahren.  
**C&W:** Wieso plötzlich? Ist die Veröffentlichung der Studie nicht an Ihnen gescheitert? Genau einen Tag bevor der Kölner Erzbischof Woelki die Pressekonferenz abgesagt hat, schrieb Ihr Justiziar im Erzbistum Hamburg der Münchner Kanzlei Westpahl, Späker, Wastl, die Studie sei rechtswidrig.  
**Heße:** Ob und wann die Studie veröffentlicht wird,

liegt allein in Kölner Hand. Es ist richtig, dass unser Justiziar eine Stellungnahme abgegeben hat. Ich habe mich auch vorher schon zu vier Fällen geäußert, mit denen ich während meiner Zeit in Köln zu tun hatte. Das habe ich aus der Erinnerung getan, ohne Aktenansicht zu bekommen. Dann kamen noch zwei weitere Fälle, also insgesamt sechs. Allerdings durfte ich erst im April endlich alle Akten einsehen. Ich hatte nicht mehr alle Details vor Augen. Immerhin sind das 4000 Seiten, die mir zugestellt wurden. Wir haben sie analysiert und Ende Mai schriftlich Stellung genommen.  
**C&W:** War nicht die eigentliche Frage, die Sie auf Ihrer Reise in Marokko beschäftigte: Schaffe ich es, die Kanzlei so zu verunsichern, dass sie die Veröffentlichung stoppt?  
**Heße:** Nein. Ich habe auf datenschutzrechtliche und persönlichkeitsrechtliche Aspekte hingewiesen: Gehört zu werden ist schließlich einer der wesentlichen Grundsätze unseres Rechtsstaates.  
**C&W:** Sie meinen Ihr Persönlichkeitsrecht.  
**Heße:** Von mir, aber selbstverständlich auch von Betroffenen.  
**C&W:** Es geht jetzt um Sie.  
**Heße:** Wollen Sie mir vorwerfen, dass auch ich darauf Wert lege, dass rechtsstaatliche Grundsätze eingehalten werden? Aus meiner Sicht muss man dann, wenn man eine solche Studie auflegt, das Design beschreiben und auch zentrale rechtliche Fragen von Anfang an klären. Das wurde in meinen Augen hier versäumt. Das haben offenbar auch andere so gesehen. Dann haben die Kölner abgesagt.  
**C&W:** Sie meinen Interventionen anderer ehemaliger Verantwortungsträger im Kölner Generalvikariat?  
**Heße:** Vor mir waren noch andere und nach mir auch. Ich habe insgesamt den Eindruck, die Verfasser der Studie hätten gründlicher arbeiten können. Für meine Stellungnahme habe ich nicht einmal eine Eingangsbestätigung.

**C&W:** Im Jahr 2019 haben Sie selbst verlangt, dass verantwortliche Amtsträger auch klar mit Namen benannt werden. Gilt das jetzt nicht für Sie?  
**Heße:** Selbstverständlich gilt das auch für mich. Deshalb stelle ich mich hier Ihren Fragen und deshalb habe ich mich ja von Anfang an an der Studie beteiligt. Ich habe mit Köln kooperiert. Und da erwarte ich auch, dass die Studie rechtlich einwandfrei und nach den Regeln der Kunst aufgelegt wird. Wir haben ja als Deutsche Bischofskonferenz mit dem Bundesbeauftragten für Missbrauch, Johannes-Wilhelm Rörig, klare Standards und Krite-

»Ich sehe darin kein fehlendes  
Problembewusstsein, ich habe  
nach bestem Wissen und  
Gewissen gehandelt.«

rien für solche Studien und Untersuchungen erarbeitet und uns als Bischöfe zur Anwendung dieser Standards selbst verpflichtet.  
**C&W:** Haben Sie mit dem Kölner Erzbischof Woelki über die Studie gesprochen?  
**Heße:** Nur in kurzen Sequenzen bei dieser oder jener Gelegenheit.  
**C&W:** Kennt er den Inhalt der Studie?  
**Heße:** So wie er mir es gesagt hat, kennt er sie nicht. Da legt er großen Wert darauf, denn er will ja deutlich machen, dass es eine unabhängige Studie ist.  
**C&W:** Woelki entscheidet, ob die Studie veröffentlicht wird oder nicht.

**Heße:** Ja, letztlich wird der Kölner Erzbischof darüber entscheiden, aber er wird seine Berater haben.  
**C&W:** Liegt Ihr Schicksal in der Hand von Rainer Maria Woelki?  
**Heße:** Nein. Ich habe hohen Respekt vor der Aufgabe, der sich Rainer Maria Woelki in Köln mit diesem Thema stellt. Das tue ich auch hier in Hamburg. Ich setze mich sehr dafür ein, dass das Thema umfassend und gründlich untersucht wird.  
**C&W:** Ihr Justiziar zitiert in seiner Erwiderung aus der unveröffentlichten Münchner Studie: eine Kopie dieser Erwiderung liegt uns vor. Das restierende Zitat über Sie: »Dieser Befund gestattet die Schlussfolgerung, dass es sich bei den Unzulänglichkeiten, einschließlich fehlender Opferfürsorge, nicht um Einzelfälle handelt, sondern um regelmäßig wiederkehrende, durchgängig festzustellende Mängel in der Sachbehandlung von Missbrauchs-fällen basierend auf einer indifferenten, von fehlenden Problembewusstsein geprägten Haltung des Dr. Heße gegenüber Fällen sexuellen Missbrauchs Minderjähriger durch Kleriker.« Was sagen Sie zu diesem Befund?  
**Heße:** Ich bin der Meinung, dass ich in diesen sechs Fällen mit guten Argumenten und den Hinweisen auf handwerkliche Unzulänglichkeiten in der Recherche eine vollkommen gegenteilige Sicht aufgemacht habe: Wir haben die Fälle, mit denen dieser Befund von den Münchner Anwälten begründet wurde, anhand der Akten überprüft, die uns erst nach mehrmaligem Drängen zur Verfügung gestellt wurden. Danach hat dieser Befund, wie Sie es nennen, keine Grundlage.  
**C&W:** Ihr Justiziar verlangt in der Stellungnahme vom 27. Mai, dass die Studie nur im Paket mit Ihrer Sicht veröffentlicht werden darf.  
**Heße:** Wie schon gesagt: Gehört zu werden ist ein persönlichkeitsrechtlicher Grundsatz. Wenn beide Stellungnahmen gegenübergestellt werden, kann sich jeder und jede ein eigenes Bild machen.  
**C&W:** Werden Sie gegen das Erzbistum Köln oder

die beauftragte Münchner Kanzlei juristisch vorgehen, wenn Ihre Forderung nicht erfüllt wird?  
**Heße:** Ich setze auf den gesunden Menschenverstand im Erzbistum Köln und in der Kanzlei in München. Es geht um Aufklärung, da verbietet es sich aus meiner Sicht, mit fraglichen Methoden vorzugehen. Alle Studien müssen unabhängig sein, partizipativ und transparent. Dies hat uns ja auch der Missbrauchsbeauftragte der Bundesregierung quasi ins Stammbuch geschrieben.  
**C&W:** Der Missbrauchsbeauftragte Johannes-Wilhelm Rörig hat mit der Deutschen Bischofskonferenz auch Kommissionen zur Aufarbeitung sexuellen Missbrauchs vereinbart. Werden Sie die in Hamburg einrichten?  
**Heße:** Ja. Wir haben uns dazu verpflichtet. Ich halte es insbesondere im Sinne der Betroffenen für sehr wichtig, dass diese Kommissionen jetzt zügig in allen deutschen Bistümern eingesetzt werden. Ich habe mich mit meinen benachbarten Bischöfen von Hildesheim und Osnabrück in der Metro-pole beraten. Wir wollen eine gemeinsame Kommission erarbeiten. Die Fachleute der drei Bistümer arbeiten bereits an den Details.  
**C&W:** Ab wann arbeitet denn dann die Kommission?  
**Heße:** Wir wollen die Kommission zur Jahreswende einsetzen. Die Vereinbarung empfiehlt sieben Mitglieder, weniger als die Hälfte dürfen für die Kirche arbeiten oder einem kirchlichen Gremium angehören. Die Betroffenen bilden einen eigenen Rat.  
**C&W:** Wann waren Sie in Köln zum ersten Mal mit einem Fall von Missbrauch konfrontiert?  
**Heße:** Zuerst war ich stellvertretender Hauptabteilungsleiter Personal Seelsorge, da war ich noch nicht direkt damit befasst. Der Chef machte diese Dinge. Als ich 2006 Hauptabteilungsleiter wurde, begann das.

Fortsetzung auf Seite 2



Erzbischof Heße zu der Studie, die sein Kölner Amtsbruder Kardinal Woelki in Auftrag gegeben hat: »Ich habe insgesamt den Eindruck, die Verfasser der Studie hätten gründlicher arbeiten können.«



Foto: Paula Hartert für DIE ZEIT Christ & Welt

Höhe der Summen immer an die Empfehlung der Zentralen Koordinierungsstelle gehalten, die extra zu diesem Zweck von der Bischofskonferenz geschaffen wurde. Davon abgesehen: Fürsorge für Betroffene ist mehr als Geld.

**C&W:** Aber mit Geld drückt man auch Wertschätzung aus. 3000 Euro, der Wert eines gebrauchten Kleinsuwagens, für einen schweren Missbrauch, das ist doch ein Hobn. Fühlen Sie da nicht so etwas wie Scham?

**Heße:** Ich habe mich in der Bischofskonferenz immer dafür eingesetzt, die viel zu geringen Summen deutlich zu erhöhen. Und ich bin dankbar, dass die Bischofskonferenz bei ihrer letzten Vollversammlung beschlossen hat, das System der Anerkennungsleistungen endlich zu reformieren und die Geldbeträge deutlich anzuheben. Ich erwarte, dass wir jetzt schon bei der Herbstvollversammlung der Bischöfe in Fulda deutlich höhere Anerkennungssummen vereinbaren.

**C&W:** Aber Sie hätten auch damals jederzeit höhere Summen auszahlen können. Die Empfehlungen der Koordinierungsstelle waren nicht bindend.

**Heße:** Wir haben uns im Erzbistum Köln darauf verständigt, uns an die Empfehlungen der Koordinierungsstelle zu halten. Uns hat es geholfen, dass es eine Stelle gibt, die darauf spezialisiert ist und uns eine Summe empfiehlt.

**C&W:** Sie haben als Erzbischof von Hamburg jüngst eine Studie bei der Universität Ulm in Auftrag gegeben, die die Missbrauchsfälle in Mecklenburg-Vorpommern aufarbeiten soll. Im Fokus steht auch der weitere Lebensweg der Opfer. Müsste eine Anerkennungsleistung nicht die Folgen für den Lebensweg berücksichtigen?

**Heße:** Der Missbrauch beschäftigt die Betroffenen ein Leben lang. Und ich gehe davon aus, dass das bei der Reform des Systems der Anerkennungsleistungen auch berücksichtigt werden wird.

**C&W:** Dann reden wir aber von einer Entschädigung. Nur eine Entschädigung berücksichtigt die Folgeschäden. Die Bischöfe haben sich jedoch entschieden, sich an den gängigen Schmerzensgeldtabellen zu orientieren. Entschädigungen kämen die katholische Kirche viel teurer.

**Heße:** Das war nicht der Grund. Wir wollten den Betroffenen ersparen, ihren Missbrauch beweisen zu müssen. Das wäre bei einer Entschädigung notwendig.

**C&W:** Eine von der Bischofskonferenz beauftragte Arbeitsgruppe unabhängiger Experten kam aber vor einem Jahr zum Ergebnis, dass eine Einzelfallprüfung bei einer Entschädigung juristisch nicht zwingend erforderlich ist.

**Heße:** Nicht zwingend heißt ja nicht, dass es nicht doch vorkommen kann. Daher hat sich die Mehrheit der Bischöfe auf einen anderen Weg verständigt. Ich rechne – wie gesagt – bei der Herbstsitzung mit einer Entscheidung, die deutlich höhere Zahlungen vorsieht.

**C&W:** Wird es am Ende doch zu einer Entschädigungslösung kommen?

**Heße:** Die Aufarbeitung der Fälle sexuellen Missbrauchs ist nicht zu Ende. Ich weiß aber nicht, was wir in fünf oder zehn Jahren über die Materie denken. Solange ich Bischof von Hamburg bin, werde ich immer mit dem Thema Missbrauch zu tun haben. Es wird mich mein Leben lang begleiten.

**C&W:** Werden Sie in der Missbrauchstudie, die Sie nun für den mecklenburgischen Teil des Erzbistums Hamburg in Auftrag gegeben haben, Namen von Verantwortlichen nennen?

**Heße:** Wir werden so konkret werden, wie es die rechtlichen Rahmenbedingungen in Deutschland zulassen.

**C&W:** Herr Bischof Heße, haben Sie das Gefühl, dass Sie dem Thema sexueller Missbrauch von Kindern durch Kleriker immer rechtlich und moralisch gewachsen waren?

**Heße:** Ich habe erst im Laufe der Zeit gemerkt, wie tief der Abgrund ist, in den wir schauen. Ich persönlich nehme für mich in Anspruch, dass ich meine Verantwortung wahrgenommen und nicht versucht habe. Ich habe immer hin- und nicht weggeschaut. Ob ich immer alles gesehen und richtig gemacht habe, ist eine andere Frage. Es sind Fehler passiert und sicher auch mit.

**C&W:** Haben Sie Schuld auf sich geladen?

**Heße:** Schuld nein, Mitverantwortung ja. Ich habe persönlich Verantwortung übernommen, aber auch Mitverantwortung für ein System, das zweifelhafte Leid verursacht hat. Diese Verantwortung will ich und werde ich tragen. Ich bin entschlossen, dieser großen Verantwortung auch gerecht zu werden.

**C&W:** Haben Sie Angst um Ihr Amt?

**Heße:** Nein. Ich stelle mich der Aufarbeitung.

**C&W:** Haben Sie als Generalvikar oder als Bischof jemals an Rücktritt gedacht?

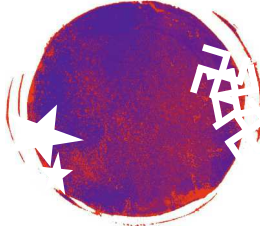
**Heße:** Zumindest nicht im Zusammenhang mit dem Thema sexueller Missbrauch und meiner Tätigkeit im Erzbistum Köln.

**C&W:** Wie erklären Sie es sich, dass bislang kein deutscher Bischof wegen des Missbrauchskandals zurückgetreten ist, obwohl Täter in der katholischen Kirche systematisch geschätzt und Taten vertuscht wurden?

**Heße:** Da kann ich nur für mich sprechen: Für mich kann ich ausschließen, dass ich jemals versucht hätte, Täter zu schützen oder Taten zu vertuschen.

**Impressum**  
**Redaktion:**  
 Georg Löwisch (Chefredakteur, Vi.S.d.P.)  
 Merle Schmalenbach  
 (Stellv. Chefredakteurin)  
 Raoul Löbbeck (Cheffotorendent,  
 Mitglied der Chefredaktion)  
 Andreas Ohler; Christina Rietz;  
 Jonas Weynsta (Projekte)  
 Gestaltung: Lucas Kramer, Rike Weiger  
 Christ & Welt wird herausgegeben von  
 der ZEIT:CREDO Verlags GmbH.  
**Geschäftsführer:**  
 Rainer Esser, Patrik Schwarz  
 ZEIT:CREDO gehört zur  
 ZEIT-Verlagsgruppe Hamburg.  
 ZEIT:CREDO Verlags GmbH  
 Speersort 1, 20095 Hamburg  
 Telefon: (040) 32 80 00  
**Druck:**  
 Frankfurter Societäts-Druckerei GmbH,  
 64546 Mörfelden-Walldorf  
**Anschrift Redaktion:**  
 Christ & Welt  
 Konstanzer Straße 64, 10707 Berlin  
 Telefon: (030) 88 71 43 83  
 E-Mail: redaktion@christundwelt.de  
 Internet: www.zeit.de/christundwelt  
**Abonnement Deutschland:**  
 Abonnement DIE ZEIT  
 mit Christ & Welt:  
 52 Ausgaben € 296,40;  
 Studentenabonnement DIE ZEIT  
 52 Ausgaben € 192,40  
**Abonnementbestellung**  
 für die Extraausgabe der ZEIT  
 mit Christ & Welt:  
 Leser-Service, 20080 Hamburg  
 Telefon: (040) 42 23 70 70  
 Fax: (040) 42 23 70 90  
 oder E-Mail: abo@zeit.de

ANZEIGE



Hanns-Seidel-Stiftung gründet neues Kompetenzzentrum

Wie schützen wir unsere Demokratie vor neuen Rechten und alten Linken?

Die Hanns-Seidel-Stiftung konzentriert ihre Aktivitäten zur Stärkung des gesellschaftlichen Zusammenhalts künftig in einem neu geschaffenen Kompetenzzentrum. Damit trägt die 1967 gegründete Politische Stiftung, die der Christlich-Sozialen Union nahesteht, den aktuellen Herausforderungen Rechnung: Nämlich einer zunehmenden Spaltung unseres Landes durch Feinde der Demokratie und wachsende Heterogenität unserer Gesellschaft im sozialen, kulturellen oder politischen Bereich entgegenzuwirken.

Sind wir im falschen Film? Der Regierungspräsident von Kassel wird aus nächster Nähe vor seinem Haus erschossen. Am höchsten jüdischen

Feiertag versucht ein junger Mann in Halle ein Massaker unter Synagogenbesuchern anzurichten und erschießt willkürlich zwei Menschen. Auf offener Straße werden in Hanau acht Männer und eine Frau von einem Einzelgänger kaltblütig ermordet. Kein Film, sondern Realität in Deutschland heute.

Diese Anschläge, begangen innerhalb von wenigen Monaten, stellen einen zivilisatorischen Bruch dar, wie er seit dem Ende des NSU nicht mehr vorgekommen ist. Sie zeigen in großer Deutlichkeit: Die unmittelbare Bedrohung für die innere Sicherheit in unserem Land geht derzeit vom Rechtsextremismus aus. Die Täter haben ihre hasserfüllte Ideologie über den rechtsstaatlichen Grundkonsens der Unantastbarkeit der Menschenwürde und über das Recht auf Leben gestellt. Sie sind nicht allein. Sie sind nur die sichtbare Spitze eines Eisbergs, der sich auf Kollisionskurs mit unserer freiheitlich-demokratischen Grundordnung befindet. Flankiert wird diese Entwicklung durch den Einzug der neuen Rechten in die Parlamente, die das Ihre dazu beitragen, die Grenzen des Sagbaren zu verschieben, Verschwörungstheorien salonfähig zu machen und das Menschenrecht Religionsfreiheit mit ihrem Hass zu untergraben.

Eine Bedrohung für unser Land geht aber auch von der anderen Seite des politischen Spektrums aus. Bei ihrer direkten Auseinandersetzung mit der Polizei und politischen Kontrahenten sinkt die Hemmschwelle der Gewalttäter kontinuierlich. Überhaupt ist deutschlandweit ein Anstieg linksextremistischer Straftaten zu verzeichnen. Eine Vielzahl verletzter Personen und Sachschäden in dreistelliger Millionenhöhe waren im vergangenen Jahr die Folgen dieser Exzesse. Verstörend, dass bei ihrer Bewertung noch immer eine eigentümliche Zurückhaltung herrscht: Es gehört in Teilen der Öffentlichkeit offenbar zum guten Ton, linksextremistische Gewaltausbrüche als zivilen Ungehorsam gegen einen angeblichen Repressionsstaat zu verhamlosen. Sie werden nicht als das wahrgenommen,

was sie im Kern sind: eine Kampfansage an den Staat, an Andersdenkende, an das demokratische System.

Noch ist die Welt nicht aus den Fugen. Aber unsere Demokratie erodiert an ihren Rändern. Doch nicht nur dort. Auch quer durch die Mitte werden zunehmend Risse in dem Kitt sichtbar, der unsere Gesellschaft bisher zusammengehalten hat. Wie kann gesellschaftlicher Zusammenhalt angesichts dieser Entwicklung auf Dauer bestehen? Wie kann er eingefordert und befördert werden? Wie kann unsere Demokratie vor neuen Rechten und alten Linken geschützt werden? Und welchen spezifischen Beitrag kann hier eine Politische Stiftung wie die Hanns-Seidel-Stiftung leisten?

Das neu gegründete „Kompetenzzentrum Gesellschaftlicher Zusammenhalt und Interkultureller Dialog“ wird Fragen wie diesen im Bereich Rechts- und Linksextremismus, aber auch Themen wie Islamismus oder Antisemitismus, künftig intensiv nachgehen, um durch Analyse, Dialog und Beratung einen relevanten Beitrag für den Erhalt unserer freiheitlichen, demokratischen Gesellschaft zu leisten.

Wenn wir Sie über unsere Aktivitäten auf dem Laufenden halten sollen, werden Sie Teil unseres Netzwerks und schicken uns Ihre Kontaktdaten an [kompetenzzentrum@hss.de](mailto:kompetenzzentrum@hss.de)!



**Hanns Seidel Stiftung**